

FRAKTIONSINFO Nr. 2, Mai 2010

DIE LINKE will den SOZIALPASS - jetzt Vergünstigungsausweis soll in diesem Jahr beschlossen werden



Er gehört zu den Markenzeichen linker Kommunalpolitik und der Fraktion DIE LINKE. im Regionalverband - der Sozialpass. Kein anderes Instrument auf kommunaler Ebene ist so geeignet, flächendeckend die Integration armer Menschen in die Gesellschaft zu verbessern.

Jeder, der wenig Geld hat, kennt die Situation nur zu gut. Die Monatskarte für Bus und Bahn kostet alleine in Saarbrücken 48,30 Euro, für Saarbrücken und Völklingen sogar 62,50 Euro. Für Hartz-IV-Bezieherinnen und Bezieher, für Bezieher von Sozialrenten, für Geringverdiener oder Asylsuchende nicht bezahlbar. Das gleiche gilt für den Eintritt in Schwimmbäder und Kultur- und Freizeiteinrichtungen aller Art, von Bildungsstätten mal ganz abgesehen.

EU-Jahr gegen Armut und Ausgrenzung

2010 ist zum „Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ erklärt worden. Auch für die Kommunen wie den Regionalverband Saarbrücken muss dieses Jahr Ansporn und Verpflichtung sein, Armut zu verringern und die Integration einkommensarmer Gruppen in die Gesellschaft zu verbessern.

Wie wir aus der jüngsten Vergangenheit wissen, will die Verwaltung diesen Weg offensichtlich (noch) nicht be-

streiten. Vor der Kommunalwahl hat der jetzige Regionalverbandsdirektor Peter Gillo (SPD) erklärt, dass er die Einführung eines Sozialpasses ablehnt. Die Kosten seien zu hoch. Offensichtlich hatte der damalige „Kandidat“ noch wenig Ahnung von dem Thema, sonst hätte er gewusst, dass der Pass bei richtigem Vorgehen auch ganz ohne zusätzliche Kosten eingeführt werden kann. Wir werden es ihm und der „in wilder Ehe“ zusammen arbeitenden Mehrheitsfraktionen von CDU und SPD erklären müssen. Erfahrungsgemäß bestehen dann gute Chancen, einen Sozialpass durchzusetzen, wenn viele gesellschaftliche Gruppen und Einzelpersonen das Projekt laut und nachhaltig unterstützen. Deshalb wird DIE LINKE. Fraktion in den nächsten Wochen

aktiv auf Selbsthilfeinitiativen, Sozialverbände, bürger-schaftliche Vereine und Gruppen zugehen, um eine gemeinsame Strategie zu entwickeln.

Der Sozialpass für den Regionalverband wäre ein sichtbares Zeichen der Solidarität mit seinen einkommensarmen Bürgerinnen und Bürgern und ein erster, neuer Schritt gegen Armut.

Manfred Klasen, Stellv. Fraktionsvorsitzender

SOZIALPASS - INFO:

ANSPRUCHSBERECHTIGTE: Bezieherinnen und Bezieher von Hartz IV und deren Familien (SGB II), Grundsicherungsbezieher im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Sozialhilfebezieher (SGB XII), Asylsuchende und Geringverdiener

LEISTUNGEN: Vergünstigungen von min. 50 Prozent beim Kauf einer Monatskarte für Bus und Bahn, Vergünstigungen bei Einzelfahrscheinen, deutliche Preiser-mäßigungen bei Kultur- und Freizeiteinrichtungen (u. a. Schwimmbäder, Zoo, Museen, Eintritte für Veranstaltungen) sowie kostenlose Nutzung von Bildungseinrichtungen (z. B. VHS, Büchereien)

Absurd und kontraproduktiv - Sanktionen bei Unter-25-Jährigen



Mike Botzet
(Sozialausschuss)

Die Macher von Hartz IV müssen ein negatives Zerrbild vom Arbeitslosen vor Augen gehabt haben. Diesem faulen, arbeitsunwilligen und unordentlichem Menschen, der selbst die Schuld an seiner Misere trägt, war nicht zu trauen. Er konnte nur mit harten Sanktionen diszipliniert werden. In der Folge wurde das Sanktionsarsenal des SGB II mit dem völligen Leistungsentzug

ausgerüstet. Die Tatsache, dass der Staat seinen arbeitslosen Bürgerinnen und Bürgern die materielle Existenzgrundlage völlig entziehen kann, mutet befremdlich und erschreckend an. Die Fraktion DIE LINKE, in der Regionalversammlung lehnt den völligen Leistungsentzug als Sanktionsmittel grundsätzlich ab.

Stabile Verhältnisse notwendig

Nicht jeder wird gleich zum Instrument des Mundraubs oder anderen illegalen Maßnahmen greifen, um sich die Mittel für das Überleben zu sichern. Nicht immer bewegt sich das notgedrungene Übernachten einer jungen Frau ohne finanzielle Mittel bei einem Bekannten am Rande der Prostitution. Nicht immer bedeutet der Entzug der Leistung auch Obdachlosigkeit. Dennoch: Mit stabilen Verhältnissen, die junge Menschen brauchen, um sich persönlich entwickeln zu können und sich auf ein geordnetes Berufsleben hin zu orientieren, hat dies nichts zu tun. Auch ein mögliches Vertrauen in staatliche Institutionen und ein förderliches Vertrauensverhältnis zwischen Fallmanager/in und jungem Arbeitslosen wird so nachhaltig verhindert.

Folgekosten trägt Allgemeinheit

Unkalkulierbar sind die Folgekosten, die durch mangelnde soziale Integration und abweichendes Verhalten von jungen Menschen entstehen können. Bisweilen landen Jugendliche, die infolge von Sanktionen mittel- oder obdachlos sind, auch in Auffangeinrichtungen der Wohlfahrtspflege. Aufnahmeheime und andere vergleichbare Einrichtungen haben Kostensätze, die in etwa der dreifachen Leistung an Hartz-IV-Beziehende entsprechen. Diese Mehrkosten der verfehlten Sanktionspolitik müssen dann direkt von der Allgemeinheit getragen werden.

Überzogen harte Strafen

Besonders misstrauisch ist Hartz IV gegenüber jungen Erwachsenen. Hier kann die Leistung bereits nach zwei Obliegenheitsverletzungen völlig entzogen werden, bei über 25-jährigen Arbeitslosen immerhin erst nach drei. Die archaische Logik der Straf- und Disziplinierungspolitik ist hier: „Jung - besonders schlecht zu kontrollieren - besonders schnell harte Strafen“. Dies ist Pseudopädagogik mit Vorurteilen und Überzeugungen aus vergangenen Jahrhunderten.

Wer tatsächlich mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu tun hat, weiß, dass überzogen harte Strafen nicht erfolgreich sind. Die Ankündigung von Sanktionen kann auch nur dann eine verhaltenssteuernde Wirkung entfalten, wenn Einsicht, Umsicht und eine rationale Verhaltenskontrolle bereits vorhanden sind. Der besonders schnelle Einsatz existenzvernichtender Sanktionen bei jungen Arbeitslosen fordert von diesen einen noch höheren Grad an Einsicht und strategischem Verhalten als von Älteren. Dies ist absurd angesichts der Tatsache, dass gerade junge Menschen in Bezug auf ihre Lebens- und Berufsplanung und das Vermeiden von Nachteilen meist weniger strategisch und umsichtig sind als Ältere.

Neue Eingliederungshemmnisse entstehen

In der Praxis führen Leistungskürzungen bei Jugendlichen kaum zu größerer Arbeitsmarktnähe und haben selten eine positive Funktion. Meist sind sie sogar kontraproduktiv, indem sie zusätzliche Eingliederungshemmnisse schaffen anstatt diese zu beseitigen. Durch den Entzug der Leistung können u. a. folgende Schwierigkeiten entstehen: Gesundheitliche Probleme und unzureichende medizinische Versorgung, Verschlechterung des psychischen und physischen Wohlbefindens, Verlust der Wohnung, eines beständigen Umfelds und



Dagmar Trenz
(Beigeordnete)

Als Beigeordnete für den Regionalverband unterwegs

Im Regionalverband gibt es vier ehrenamtliche Beigeordnete, die zur Verwaltungsspitze zählen. Sie übernehmen vor allem repräsentative Aufgaben in Vertretung des Regionalverbandsdirektors Peter Gillo. Neben der CDU, der FDP und Bündnis90/Die Grünen stellt auch DIE LINKE seit November 2009 eine Beigeordnete. Ehrenamtliche Beigeordnete sind Ehrenbeamte und werden aus der Mitte der Regionalversammlung gewählt. Dies bedeutet, dass nur Ratsmitglieder in dieses Ehrenamt gewählt werden können.

Die Einladungen an den Regionalverbandsdirektor sind the-

DIE LINKE. Fraktion im Regionalverband lehnt Haushalt 2010 ab

Die Fraktion DIE LINKE hat 2010 zum ersten Mal an einer Diskussion und Abstimmung über den Haushalt des Regionalverbandes teilgenommen. Zunächst haben wir uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für ihr Engagement bei der Erstellung des Zahlenwerkes bedankt. DIE LINKE-Fraktion erlebt mit großer Sorge die dramatische Entwicklung der Finanzlage des Regionalverbandes. Sie wird durch die Wirtschafts- und Finanzkrise und auch durch die Entscheidungen der CDU-FDP-Bundesregierung weiter verschärft. Die Senkung der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose ist unzumutbar. Da auch die Schlüsselzuweisungen des Landes geringer ausfallen, ist die Finanzausstattung des Regionalverbandes vollkommen unzureichend.

Anträge für Schülerhilfe und Arbeitslose

Wir hatten zwei Anträge bei den Haushaltsberatungen eingebracht. Die Geschäftsstelle der Koordination Saarländischer Arbeitsloseninitiativen e.V. hatte bei der Aufstellung ihres Haushaltes eine Summe von 1.637 Euro Restmittel nicht abgedeckt. Dank der Bemühungen unserer Fraktion hat sich Direktor Peter Gillo bereit erklärt, diesen Betrag über Sponsoren aufzubringen. Der Deutsch-Ausländische Jugendclub bräuchte zur Unterstützung der Schülerhilfe eine 3/4 Arbeitsstelle mit sozialpädagogischem Hintergrund. Die Zusatzkosten von 20.000 Euro wären über Minderausgaben bei sonstigen Aufwendungen einzusparen. Die Fraktion DIE LINKE räumt der Prävention bei der Eingliederung von Kindern und Jugendlichen hohe Priorität ein. Andere Parteien sehen das in Sonntagsreden ebenso, haben unserem Antrag aber leider nicht zugestimmt.

Bei dem Projekt „School's In“, der speziellen Nachmittagsbetreuung unserer Schulen, haben wir eine deutliche Absenkung der Förderbeiträge ab 2010 abgelehnt.

Die Fraktion DIE LINKE hat dem Haushalt 2010 in der vor-

gelegten Form nicht zugestimmt. Wir halten eine von der Verwaltung geplante Reduktion der Ausgaben von 10 Prozent für nicht durchführbar. Es ist Kosmetik für die Öffentlichkeit, weil es den Haushalt nur marginal entlastet und weil es auf Kosten der Qualität der Dienstleistungen für die Bürger gehen kann.

Die Zunahme von Kinderarmut, die Zunahme von Burn-Out-Fällen - auch

im Regionalverband - lassen keinen weiteren Personalabbau zu. Wir haben in der Resolution der Regionalversammlung die saarländische Jamaika-Koalition aufgefordert, eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen. Ziel ist es, durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer die Einnahmeseite des Landes durch Mehreinnahmen von 240 Millionen Euro nach Länderfinanzausgleich zu verbessern. Auch hier haben die anderen Parteien unseren Vorschlag abgelehnt.

Personalabbau keine Lösung

Es fällt ihnen außer Personalabbau mit weiterer Verdichtung der Arbeitsbedingungen nichts mehr ein. DIE LINKE-Fraktion fordert deshalb ein schnelles finanzielles Umsteuern von Bund und Land zugunsten der Kommunen und Landkreise. Die Entscheidungsspielräume der Politik gehen gegen Null und für die Menschen im Regionalverband werden nur noch Einschnitte spürbar. Diese Politik werden wir niemals mittragen.



Jürgen Trenz
(Fraktionsvorsitzender)

Von Seniorenehrung bis Sozialkaufhaus

matisch sehr vielfältig. Einen Ausschnitt aus dem breiten Spektrum sollen die folgenden wahrgenommenen Termine wiedergeben:

◀ Überbringung von **Glückwünschen** an Bürgerinnen und Bürger, die 100 Jahre oder älter werden

◀ Vorstellung und Ehrung der **WM-Teilnehmer 2009** im Ruderclub Saar. Der Saarbrücker Leichtgewichts-Vierer hatte den Weltmeistertitel in Polen geholt.

◀ Gala der Saarbrücker Zeitung zu „**Saarlands Beste**“, in dem die von den Lesern gekürten monatlichen Sieger sich noch einmal mit ihrem ehrenamtlichen Engagement vorstellen und am Ende ein Jahressieger bekannt gegeben wurde

◀ Premiere der **Passionsspiele** in Kleinblittersdorf-Auersmacher mit Laiendarsteller aus dem Ort

◀ Festakt zur Vorstellung des Projektes „**Sprachoffensive Deutsch**“ zur systematischen Förderung und kulturellen Integration von Migranten. Die auch bundesweit viel beachtete Initiative bietet die Volkshochschule in Völklingen an.

◀ Sitzungsleitung des KoSa-Lenkungsgremiums. **KoSa?** Das ist das **Koordinierungsbüro Saarbrücken** mit dem die Kooperation der regionalen Akteure im Bereich Übergang Schule-Beruf verbessert werden sollen.

◀ Eröffnung des **Sozialkaufhauses** in Sulzbach: Dort können Menschen mit geringen Einkünften zu sehr günstigen Preisen Gebrauchsgüter aller Art erwerben. Indem die Menschen dort selbst entscheiden, was sie kaufen möchten, wird ihnen ein Stück ihrer Würde wiedergegeben. Über die Arge wurden dort sechs sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen.

Jetzt Anträge auf Hartz-IV-Zusatzleistungen stellen!

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Hartz-IV-Regelsätzen wurde auch eine sogenannte Härtefallregelung beschlossen. Konkret können hilfebedürftige Hartz-IV-Bezieherinnen und Bezieher Anträge auf Zusatzleistungen stellen, wenn sie einen „unabweisbaren, laufenden, nicht nur einmaligen, besonderen Bedarf“ nachweisen können.

Konkret kann für folgende Bedarfe auf jeden Fall ein Antrag bei der ARGE gestellt werden:

- ◀ Im Ausnahmefall: Nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel, zum Beispiel Hautpflegeprodukte bei Neurodermitis oder Hygieneartikel bei ausgebrochener HIV-Infektion
- ◀ Putz- oder Haushaltshilfen für Rollstuhlfahrer, die gewisse Tätigkeiten im Haushalt nicht ohne fremde Hilfe erledigen können und keine Hilfe von anderen erhalten
- ◀ Kosten zur Wahrnehmung des Umgangsrechtes mit den Kindern (bei Geschiedenen), das heißt regelmäßige Fahrt- oder Übernachtungskosten.
- ◀ Kosten für Nachhilfeunterricht können im besonderen Einzelfall gewährt werden.

Ausdrücklich nicht genehmigungsfähig sind leider folgende Bedarfe: Praxisgebühr, Bekleidung für Übergrößen, Brille, Waschmaschine, Zahnersatz, Orthopädische Schuhe

Die genannten Listen sind ausdrücklich nicht abschließend. Das heißt, es können auch Anträge für laufende, unabwendbare und

nicht anderweitig finanzierte Bedarfe geltend gemacht werden, die nicht auf den Listen stehen. Hier muss die ARGE ein „begründetes Ermessen“ ausüben, d. h. in jedem Einzelfall prüfen, ob die Voraussetzungen für die Gewährung von Zusatzleistungen gegeben sind oder nicht.

Gegen ablehnende Bescheide ist wie immer ein förmlicher, schriftlicher Widerspruch möglich und

notfalls auch eine Klage vor dem Sozialgericht. Der Antrag erfolgt formlos (schriftlich aber ohne Antragsformular). Leider weigert sich die ARGE bisher, die möglichen Anspruchsberechtigten allgemein über das Recht der Antragsstellung zu informieren (z. B. durch Handzettel, Infoplakate, schriftliche Mitteilungen). Auch so lassen sich scheinbar einige Euro einsparen!?

Auf jeden Fall ist es ratsam, sich mit einer anerkannten Sozialberatungsstelle in Verbindung zu setzen. Mehr Infos dazu auch über unsere Geschäftsführerin im Fraktionsbüro, Angela Rösel, Telefon (06 81) 506 - 89 00.



Manfred Klasen
(Arge-Lenkungsgremium)

Wissenswertes über die häusliche Pflege



Hannelore Vatter
(Pflegeausschuss)

Über 2 Mio. Menschen in der Bundesrepublik sind auf Pflege angewiesen. Damit jeder möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben führen kann, bietet die Pflegeversicherung den Pflegebedürftigen solidarische Unterstützung an, die wenigstens einen Teil der oft immensen Kosten abdeckt.

Sogeltenseit 01.01.2010 folgende Leistungsbeiträge:

Häusliche Pflege,	Pflegestufe	I = 440 Euro
Vollstationäre Pflege,	Pflegestufe	II = 1.279 Euro
Vollstationäre Pflege,	Pflegestufe	III = 1.510 Euro

Ein Anliegen der Fraktion DIE LINKE ist auch die soziale Sicherung von Pflegepersonen. So übernimmt die Pflegeversicherung für die Pflegenden die Beiträge der gesetzlichen Rentenversicherung. Versichert werden pflegende Personen, die nicht berufstätig sind oder nur bis zu 30 Stunden wöchentlich arbei-

ten. Die Höhe der Beiträge richtet sich nach der Schwere der Pflegebedürftigkeit und der Zeit, die eine Pflege in Anspruch nimmt. Darüber hinaus sind die Pflegenden während dieser Tätigkeit auch gesetzlich unfallversichert.

Einzelheiten erfahren Sie bei Ihren jeweiligen Krankenkassen. Beratung und Hilfestellung rund um das Thema Pflege erhalten Sie auch bei den Pflegestützpunkten des Regionalverbandes, die eine Beratung bei Bedarf auch bei Ihnen Zuhause durchführen.

Pflegestützpunkt Saarbrücken: (06 81) 5 06 49 86
Pflegestützpunkt Sulzbach: (0 68 97) 9 24 67 98
Pflegestützpunkt Völklingen: (0 68 98) 13 55 55

IMPRESSUM:

V.i.S.d.P.: Jürgen Trenz, Kettelerstraße 2,
66299 Friedrichsthal

Redaktion: Manfred Klasen, Dagmar Trenz

Fraktion DIE LINKE. im Regionalverband Saarbrücken
Angela Rösel (Geschäftsführerin)
Saarbrücker Schloss, 66119 Saarbrücken

Tel. (06 81) 506 - 89 00, Fax (06 81) 506 - 89 99

E-Mail: info@dielinke-regionalverband.de
Internet: www.dielinke-regionalverband.de